



ZF muss mit Betriebsrat und IG Metall über Unternehmenszukunft verhandeln

Pressemitteilung von Klaus Ernst, 25. Juni 2020

„Es ist nicht hinnehmbar, dass Bundestag und Regierung milliardenschwere Rettungspakete für die Industrie schnüren, Unternehmen aber trotzdem massiv Beschäftigung abbauen wollen. Weder die Bewältigung der Corona-Krise, noch die notwendige Transformation der Automobilindustrie und der Zulieferer darf auf dem Rücken der Beschäftigten erfolgen. Das Unternehmen ZF wählt mit der Ankündigung von Massenentlassungen, ohne mit dem Betriebsrat oder mit der IG Metall überhaupt in Verhandlungen eingetreten zu sein, einen gefährlichen Weg der Konfrontation“, kommentiert Klaus Ernst, wirtschaftspolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE und Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft und Energie im Bundestag, den geplanten Stellenabbau beim Autozulieferer ZF und die Demonstrationen der Beschäftigten dagegen. Ernst weiter:

„Die Beschäftigten haben meine uneingeschränkte Solidarität. Statt die Belegschaft durch die Ankündigung von Entlassungen zu verunsichern,

muss die Unternehmensleitung konstruktive Vorschläge auf den Tisch legen. Sie muss Ideen präsentieren, wie zum Beispiel durch innovative Produkte, Weiterbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, moderne Arbeitszeitmodelle und soziale Personalpolitik die Zukunft des Unternehmens gestaltet werden soll.“